

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
3 (1889)**

122 (18.10.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192376](#)

# Norddeutsches Volksblatt.

## Abonnement:

bei Voranzeigung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.  
für 2 Monate . . 1 " " —  
für 1 Monat . . " 50 "  
eigl. Postbestellgeld.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,  
für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheinet  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.

Inserate:  
die vierseitige Zelle 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

## Der Generalstreit.

W. A. Z. Auf dem Pariser internationalen Kongress hatte ein Franzose eine Resolution eingebracht, die den "Generalstreit" forderte, das heißt, den Streit sämtlicher Arbeiter, und zwar nicht den Generalstreit für eine bestimmte Voraussetzung, sondern den internationalen Generalstreit. Trotzdem dieser Antrag nach energetischer Abstimmung durch Liebschaft mit großer Mehrheit verworfen wurde, spult die Idee immer noch in zahlreichen Köpfen, selbst von Genossen. Ja, in Folge eines Missverständnisses ist sogar manchen Orts die Ansicht verbreitet, als habe der Kongress für den Ausbruch des allgemeinen Streits bereits den 1. Mai 1890 festgelegt, indem er tatsächlich blos beschloß, daß an diesem Tage in allen Industriekräften Demonstrationen zu Gunsten des achtstündigen Normalarbeitszeitages stattfinden sollten, deren Charakter in jedem Lande dessen eigentümliche Verhältnisse gemäß angepaßt sein sollte.

Es ist merkwürdig, welche Lebenszähligkeit alle Irrtümer haben. Die Idee eines Generalstreits ist nichts weniger als neu. Schon 1839, während der Chartistenebewegung, tauchte sie auf. Um die Forderungen der "Charte", namentlich das allgemeine Wahlrecht durchzuführen, sollten die Arbeiter einen "heiligen Monat" feiern, während dessen jede Arbeit eingestellt sein sollte. Das meinte man, würde die herrschenden Klüsse mürbe machen. Der 12. August wurde für den Beginn des "heiligen Monats" festgelegt, dann aber der Ausbruch des Generalstreits auf unbestimmte Zeit verschoben, wegen nicht genügender Vorbereitung des Proletariats. 1848 tauchte die Idee in der englischen Arbeiterbewegung wieder auf, um rasch zu verschwinden; die praktische Agitation nahm die englischen Arbeiter bald so in Anspruch, daß sie zu Utopisten keine Zeit mehr hatten. Erst in den neueren Arbeiterbewegungen auf dem Kontinent seit den Siebziger Jahren erschien sie wieder. Die Anarchisten mußten sich nach Erfolg für den politischen Kampf umsehen nach einem Mittel, ohne Politik die alte Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Im Gegensatz zu den Anarchisten der alten prudhomistischen Schule, die den Streit verwarf, erschien vielen der neueren Anarchisten als das Passendste der Generalstreit. In der That, wenn die Arbeiter alle an demselben Tage die Arbeit einstellen, müßten sie nicht die Gesellschaft aus den Augen geben und jedes bisherige Herrschaftsverhältnis anstreben? Wo es dem Anarchismus gelungen, die Maßen, wenn auch nur kurze Zeit, zu bestimmen, wie in Frankreich oder Belgien, da hat sich die Vorliebe für den Generalstreit erhalten, nur sind die Zwecke, denen er dienen soll, harmloser geworden. Die Belgier wollen ihn ins Werk legen, nicht um die Revolution zu inaugurierten, sondern, gleich den Chartisten von 1839, um das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Freilich mußten bisher auch sie, wie die, wegen Mangel an Vorbereitungen den Ausbruch des Streits auf unbestimmte Zeit vertagen.

Der Tag wird wohl nie kommen, an dem die Vorbereitungen genügend weit vorgeschritten sind. Der allgemeine Streit segt eine Nacht, Ausdehnung und Disziplin der Arbeitsorganisation eines Landes voraus, wie sie in der heutigen Gesellschaft vielleicht nie, auf keinen Fall in absehbarer Zeit erreicht werden. Sind sie aber erreicht, dann wird dem Proletariat eine solche Kraft innerwachsen, daß es ohne den Umweg des Generalstreits direkt die Staatsgewalt in die Hände nehmen und die wirtschaftlichen Verhältnisse seinen Interessen gemäß wird regeln können.

Geradezu absurd aber ist die Idee eines für einen bestimmten Tag des nächsten Jahres angelegten Weltstreits.

Der fehlige Kriegsrath hat mitunter voraus bestimmt, daß eine Schlacht an dem und dem Tage stattfinden müsse. Ebenso haben es die Russen vor Plewna gehalten: jener wie diese haben sich dabei nur Brügel geholt. Es wäre ganz hostriegsähnlich gehandelt, wenn man einen (noch dazu internationalen) Generalstreit für den 1. Mai 1890 ansäße. Was wissen wir, wie nächstes Jahr der Geschäftsgang sein wird! Die Überproduktion und Gründelchwund, namentlich in Deutschland, haben heute solche Dimensionen angenommen, daß der unvermeidliche Krach sehr wohl binnen einem halben Jahr eintreten kann. Mit einem Generalstreit dürfte dann den Fabrikanten eher geboten sein als den Arbeitern.

Für ein Saftongewerbe einer bestimmten Voraussetzung kann man einen Streit ein halbes Jahr vorher anfündigen. Einen bestimmten Tag für den Beginn eines Weltstrebts aller Gewerbe anzugeben, ist der helle Wahnsinn.

Aber nehmen wir an, es käme zu einem allgemeinen Streit; es gelänge, alle Arbeiter aller Gewerbe unter einen Hut zu bringen und solche Geldmittel anzuhaufen,

dah diese ganze Masse für einige Zeit auf ihren Arbeits-

leuten das Leben in der heutigen Gesellschaft so sauer machen, daß sie sich nach einer andern, der sozialistischen Gesellschaft sehnen. Sehen wir einmal zu.

Blos von der Seite des Produktionsprozesses aus betrachtet, ist die Stellung der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer bei einem Streit eine hoffnungslose. Wohl vertraut der Streit dem Unternehmer durch die Unterbrechung des Produktionsprozesses einige Unannehmlichkeiten.

— Wie der Produktion hört auch die Produktion von Mehrwert auf; zu dem sich daraus ergebenden Profitsteigerung gesellt sich noch der positive Verlust durch den Verzehr der unbemerkten bleibenden Maschinen, Gebäude, Rohmaterialien &c., die dadurch einen Verlust an Wert erleben, der nicht auf ein neues Produkt übertragen wird.

Aber beim Fabrikanten handelt es sich während des Stillstandes seiner Fabrik blos um verhältnismäßig geringen Verlust, beim Arbeiter um die Existenz. Dieser lebt vom Verkauf seiner Arbeitskraft, sobald er sie nicht losläßt, ist er mit seiner Familie dem Hunger preiszugeben. Auf einer Seite Verbürgern, auf der andern ein Verlust auf einigen Projekten: ist unter diesen Umständen nicht die letztere Seite unabsehbar?

Jaum Glück für die Arbeiterklasse hat aber auch das Kapital seine Achillesferse. Der Kapitalist ist nicht bloß Industrieller, er ist auch Kaufmann; er läßt nicht nur Waren produzieren, er muß sie auch verkaufen, und diese seine kommerzielle Seite ist es, in der er bei einem Streit am verwundbarsten ist. Er ist Verpflichtungen eingegangen, hat Bestellungen übernommen und Projekte sowie Missgeschäfte aller Art drohen ihm, wenn er seine Kunden nicht prompt befriedigt. Und wenn er auch nicht auf Bestellung arbeitet, droht ihm der Verlust seines Marktes, wenn seine Fabrik längere Zeit still steht und die Nachfrage auf dem Markt gesunken ist, andere Bezugsquellen zu suchen.

Je größer die Verpflichtungen, die der Unternehmer übernommen, je größer die Nachfrage nach den in seiner Fabrik erzeugten Artikeln, um so größer die Einbuße, die das Geleid im Falle eines Streits erleidet, um so größer die Preissenkung, welche eine Arbeitseinstellung auf den Kapitalisten ausübt.

Vom Standpunkt des Produktionsprozesses ist der Verlust des Fabrikanten bei einem Streit derselbe, mag das Geschäft gut oder schlecht gehen. Nicht aber vom Standpunkt des Circulationsprozesses. Gehen die Geschäfte schlecht, hat der Unternehmer keine Bestellungen, sind seine Lager überfüllt, ist keine Nachfrage nach seinen Artikeln vorhanden, dann kann ein Streit unter Umständen nicht nur sein Nachteil, sondern sogar ein Vorteil für ihn sein. Die Verluste, die das Abschöpfen der Produktion mit sich bringt, können kleiner sein als die, welche aus dem Verschwinden der Waren hervorgerufen, das die Überproduktion mit sich bringt. Gehen die Geschäfte glänzend, dann kann der durch die Störung im Produktionsprozess bewirkte Austritt des Unternehmens aus dem Circulationsprozess des Kapitals nicht nur ein Verhärten der Konjunktur, nicht nur kolossal, nicht wieder gut zu machende Verluste, sondern unter Umständen sogar den völligen Ruin des Geschäfts, machen.

Ein Streit hat also umso mehr Aussicht auf Erfolg, je besser die Geschäfte gehen, das heißt, je mehr in den verschiedenen Produktionszweigen gearbeitet wird.

Was bewirkt aber ein allgemeiner Streit? Das völlige Niederrücken der Produktionsfähigkeit auf allen Gebieten; das heißt, durch einen Generalstreit führen die Arbeiter selbst den einzigen Zustand herbei, in dem der Streit für den einzelnen Kapitalisten am leichtesten auszuhalten ist, der einer Geschäftsfiktivation. Freilich ist ein für die ganze Kapitalistenklasse höchst unerwünschter Zustand, es ist sogar in dem Umfang, wie ihn ein Generalstreit mit sich bringen würde, ein ganz unerträglicher Zustand. Auf diese Unerträglichkeit hinzufließen eben die Befürworter des allgemeinen Streits; sie meinen, die Situation der Gesellschaft werde eine solche werden, daß nur die Wahl habe zwischen dem sofortigen Untergang oder der bedingungslosen Unterwerfung unter das Proletariat.

Aber ganz abgesehen davon, daß das Proletariat außer in England nirgends die Majorität des Volkes bildet, gehört es nicht auch zur Gesellschaft, und wird dadurch, daß die Situation der ganzen Gesellschaft eine verzweifelte wird, nicht auch seine Situation eine verzweifelte? Und wenn würde man die Schuld an dieser Situation in die Schuhe schieben? Uns, den Sozialdemokraten?

Die Logik der Anhänger des Generalstreits ist ganz die Logik mancher Anarchisten: Beide fallen übrigens häufig zusammen. Die Anarchisten sagen, wir müssen den

Leute in der heutigen Gesellschaft so sauer machen, daß sie sich nach einer andern, der sozialistischen Gesellschaft sehnen. Sie vergessen eines: Allerdings wirkt die Unerträglichkeit der heutigen Zustände aufreizend, aber aufreizend blos gegen den, der diese Zustände herbeiführt. Ist es der Kapitalist, der der Massenklasse das Leben unerträglich macht, so wird sie über ihn erbittert und über das wirtschaftliche System, das er repräsentiert. Sind es aber Sozialisten, die Un Sicherheit und Elend in der Bevölkerung verbreiten, dann legt diese die Schuld nicht den heutigen gesellschaftlichen Zuständen zur Last, sondern den Sozialisten, denen die diese Zustände ändern wollen. Der sozialistischen Propaganda würde dadurch gründlich der Garaus gemacht.

Das verleiht sich eigentlich von selbst, und doch gibt es noch Leute, die das nicht einsehen wollen.

Ein Generalstreit bringt eine allgemeine Theuerung mit sich; nichts wird mehr produziert, die Gesellschaft muß von den rasch schwindenden Vorräthen leben, deren Preis rasch in die Höhe schnellen. Bei einer Theuerung leiden aber natürlich die einzelnen Volkschichten um so mehr, je ärmer sie sind. Nicht die Reichen tragen den Generalstreit, man müßte denn annehmen, daß auch gleichzeitig alle Zwischenhändler, Dienstboten &c. streiken! Da könnte man ja gleich annehmen, daß die ganze Welt sozialistisch gesamt sei; — der Generalstreit trifft die Armen, die Proletarier selbst.

Die Kapitalisten können kein Ende ruhig abwarten. Wenn alle Geschäfte ruhen, verliert der einzelne Unternehmer bei einer Arbeitseinstellung nicht mehr als etwa in einer Reihe von Tagen; die Arbeiter dagegen, ohne Erwerb, ohne die Möglichkeit von ihren Kollegen Unterstützungen zu erhalten, da ja alle feiern, gleichzeitig einer rasch wachsenden Theuerung preiszugeben, schaffen durch ihre allgemeine Arbeitseinstellung selbst die Situation, in der der Streit für den Kapitalisten am günstigsten, für die Arbeiter am ungünstigsten ist. Er verleiht dem ersten die größtmögliche Widerstandskraft und schwächt die der letzteren aufs Äußerste. Nicht bloß der Produktionsprozess, auch der Circulationsprozess kostet, und so kommt mit voller Schärfe diese Situation zum Ausdruck, in der der Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber, einseitig blos vom Standpunkt des Produktionsprozesses aus betrachtet, sich befindet, sich für einen hoffnungslosen ist.

Ein Generalstreit bedeutet eine, binnen wenigen Tagen, nach dieser Erfahrung ausbrechende Empörung des ganzen Volks gegen die Streikenden durch den Streik ausgebürgerten Volks gegen die Streikenden und ihrer Familien gegen die treibenden Elemente des Streits; und wenn die Sozialdemokraten sind, bedeutet er die Errichtung der Sozialdemokratie durch eine Volkserebung. Und selbst wenn der Heroismus und die Disziplin der Massen groß genug wären, daß diese Gefahren abgewehrt bleiben, so endete der allgemeine Streit doch auf jeden Fall mit einer völligen Niederlage des Proletariats, mit einem glänzenden Sieg des Kapitals.

Zum Glück ist der Generalstreit un durchführbar. Aber Versuche zu seiner Durchführung können gemacht werden, und je weiter ein solcher Versuch geht, je energischer er angegriffen wird, umso mehr werden seine Konsequenzen den eben dargelegten Folgen eines völligen Generalstreits entsprechen.

Dah solche Versuche gemacht werden, ist keineswegs ausgeschlossen. In einer ereigneten Situation, in der keine Zeit zu theoretischen Diskussionen ist, kann er sehr wohl auch von Parteigenossen vorgeschlagen und von den Massen akzeptiert werden; die Idee ist ja verführerisch, und da sie nahe liegt, haben wir beim Doctorarbeiterstreik in London gesehen. Schon war der allgemeine Streit dort proklamiert, und um ein Haar wäre der Versuch zu seiner Durchführung gemacht worden. Das beste Mittel, den Streit zu erledigen.

Damit in erregten Zeiten seitens der Parteigenossen keine Fehler gemacht werden, ist es unbedingt nötig, daß sie die ruhigeren Zeiten dazu benutzen, sich theoretische Klarheit anzueignen. Wo immer die Idee des Generalstreits Anfang findet, sollte sie zur Diskussion gebracht und von allen klarsprechenden Genossen auf das Energische belämpft werden.

Selbst wenn keine Gefahr vorhanden wäre, daß Versuche zur Infektion oder wenigstens Vorbereitung mehr oder weniger örtlich ausgedehnter Generalstreiks gemacht werden, ist es unbedingt notwendig, die Anhäufungen darüber zu flären. Denkende Menschen sollen Dummheiten nicht bloß desmengen unterlassen, weil ihnen die Mittel zu deren Durchführung fehlen, sondern auch deswegen, weil sie sie als das erkannt haben, was sie sind.



Vant, den 18. Oktober.

Berlin. Mit welch heilem Gemüthen hatte vor kurzem die „Nordb. Allg. Ztg.“ darzuthun ver sucht, daß die von der Schweiz einberufenen internationale Arbeiterkongress-Konferenz praktische Zwecke kaum erfüllen dürfe; man werde es auf ihr mehr oder weniger mit „sozialistischen Spielereien“ zu thun haben. Seht nun das Kanglerblatt mittelbar eingeschoben, daß seine Beweis führung noch lange nicht die überzeugendste war. Wenigstens ist ihm darin ein Mitarbeiter der „Allg. Ztg.“ über, dessen Ausführungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ sofort an der richtigen Stelle verworfen werden. „Sozialistische Spielereien“ war noch gar nichts; die neue sozialpolitische Autorität beweist haarscharf, daß Deutschland trotz seiner ablehnenden Haltung zum Arbeiterschutz auf der Konferenz sogar „seine Verfeinerer in's Utrecht seien“ kann. Durch Beratung auf die deutsche Versicherungsgelehrte ist der famose Schadzug auszuholzen. Statt eines internationalen Arbeiterversicherungsrechts muß Deutschland ein internationales Arbeiterversicherungsrecht verlangen, und wenn sich die Theilnehmer an der Konferenz „diesen weigern, so wird die Welt wissen, was von dem prunkhaften Vorschlag bloßer Arbeiterschutzverträge zu halten ist“. Die Wendung von den „prunkhaften“ Vorschlägen „bloßer“ Arbeiterschutzgesetze ist, wie die „Frankl. Ztg.“ bemerkt, unabsehbar. Darin besteht eben die tiefe Kluft zwischen der reaktionär-gouvernementalen und der volkstümlichen Sozialpolitik, daß erstere Alles gethan zu haben glaubt, wenn sie unter Vermittelung jeglicher Eingriffe in die modernen Fabrikstrukturen das Hauptziel bestehen läßt und nur seine äußersten Folgen, Unfälle, Krankheit und Invalidität, in etwas mindert, während letztere eine Regelung der Hauptfa scha, vor übertriebenen Ausnutzung aller Arbeiterkategorien durch Maximalarbeitszeit, Sonntagsarbeit, Frauen- und Kinderarbeitszeit anstrebt. Die Arbeiterversicherung läßt die Arbeiter selbst fühlen bis an's Herz hinauf, um so mehr, als sie einen großen Theil ihrer Kosten mittragen müssen. Die vollen Sympathie haben aber im Volle alle Arbeiterschutzmaßnahmen, und daher der wider sprudelnde Satz der „Norddeutschen“ und Münchener „Allg. Ztg.“, daß „bloße“ Arbeiterschutzverträge „prunkhaft“ auftreten — in diesen „prunkhaft“ malt sich so recht die ganze offiziöse Angst und Furcht vor Dingen, welche das Volk tief bewegen trog aller gouvernmentalen Sozialreform. Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß unmittelbar auf den Aufschluß des Kanglerblatts gegen die internationale Arbeiterversicherungskonferenz ein überschwänglicher Bericht über den Schluß der Berliner Unfallversicherungsausstellungen mit byzantinischen Wendungen über die Pflege des Arbeiterschutzes in Deutschland kommt. Zwischen solchen Wider sprüchen muß die offizielle Scheinozialreform so lange hin- und herpendeln, bis sie unter dem Druck der Verhältnisse wirklich volkstümlich geworden ist.

Bei den am Dienstag vollzogenen sächsischen Landtagswahlen wurden, soweit bisher bekannt, in der Stadt Dresden gewählt: Am zweiten Wahlkreis Finanzamt a. D. Schidert (cons.) mit 3453 Stimmen gegen Liebnecht (Sozialist), welcher 1300 Stimmen erhielt; im dritten Wahlkreis der Kandidat der Kartellpartei Bürgermeister Bönisch (Fortschritt) mit 2299 Stimmen gegen Peters (Sozialist) mit 1284 Stimmen; im fünften Wahlkreis Klemm (cons.) mit 1826 Stimmen gegen Winkler (Sozialist), welcher 1190 Stimmen erhielt. In Chemnitz wurde Liebnecht (4088 Stimmen) gewählt; Justizrat Enzmann (cons.) erhielt 2130 Stimmen; Beitzer (deutsch.) 509 Stimmen. Weitere Resultate sind: Chemnitz-Limbach: Otto (Sozialist) gewählt;

Stollberg: Stolle (Sozialist) gewählt; Rochly-Burgstädt: Breitschneider (cons.) mit 1196 Stimmen gewählt; Stolle (Sozialist) erhielt 799, Meichner (lib.) 567 Stimmen; Döbeln-Liegnitz: Riechmann (nat. lib.) mit 923 Stimmen gewählt; Grünberg (Soz.) erhielt 311, Kellerbauer (deutsch.) 106 St.; Grimmitzhausen-Werdau: Kürzel (Kartellküber) 1576 St.; Goldig (Sozialist) 1506 Stimmen; Erster mit 70 Stimmen Majorität gewählt; Leipzig II: Schill (Kartell) mit 3247 Stimmen gewählt; Mühl (Sozialist) erhielt 2378, Thiele (deutsch.) 138 Stimmen; Leipzig III: Fränz (cons.) mit 4197 Stimmen gewählt; Liebnecht (Sozialist) erhielt 1900, Steller (deutsch.) 200 Stimmen. Im 1. ländl. Bezirk (Zittau) wurde Böhns (deutsch.) mit 722 Stimmen wieder gewählt; Pölle (Kartell) erhielt 604 St. Im 2. ländl. Bezirk (Großschönau-Ebendorf) wurde Fährmann (deutsch.) mit 1168 Stimmen ebenfalls wieder gewählt; Israel (Kartell) erhielt 963, Mühl (Sozialist) 295 Stimmen. Im 20. ländlichen Kreise Oschatz und 44. ländlichen Kreise Treuen sind die Kartellkandidaten im 9. ländlichen Kreise Nadeburg Philipp (Fortsch.) gewählt worden. Nach dem Gesamtergebnis haben die Kartellparteien einen Sieg von den Deutschnationalen erlangt im 36. ländlichen Wahlkreis Stolberg verloren. Die Sozialdemokraten gewannen einen zweiten Sieg in Limbach (Lans) von der Fortschrittspartei. Von 29 zu wählenden Abgeordneten wurden 22 den Kartellparteien angehörige, zwei Mitglieder der Fortschrittspartei, zwei Deutschnationalen und drei Sozialdemokraten gewählt. Sonach ist das Gesamtergebnis der Erfolgswahl, daß Kartell und Kammerfortschritt in bisheriger Stärke bleiben und einem Ausfall von zwei freiliegenden Abgeordneten ein Zuwachs um zwei Sozialisten gegenübersteht, trotz Zusatz, relativer Mehrheit und Trennung von Stadt und Land in beobachtete Wahlkreise. Überhaupt zeigen die diesmaligen Wahlen beträchtliche sozialistische Stimmenzunahmen, während die Deutschnationalen überall in verschwindender Minorität sind. In Chemnitz, wo Böll war bei der letzten Landtagswahl nur 2523 Stimmen erhielt, zeigt Liebnecht diesmal mit 4088. In Grimmitzhausen blieb der Sozialist Goldig nur mit 70 Stimmen hinter der Majorität. In allen anderen Wahlkreisen haben sich die sozialdemokratischen Stimmen gleichfalls vermehrt. Der Landtag ist zum 11. November einzuberufen.

Betreffend der Notiz über eine Provinzialkonferenz der fränkischen Sozialdemokraten wird dem „Berl. Volksblatt“ mitgetheilt, daß nur erst eine Befreiung zwischen einzelnen Personen beabsichtigt Einberufung einer solchen Konferenz stattgefunden habe, und dabei die gemeldeten Kandidaturen, so weit sich nicht schon feststellen, in Aussicht genommen wurden.

Der Führer der süddeutschen Volkspartei, Karl Meyer, ist am 14. d. M. in Stuttgart gestorben. Meyer wurde 1819 in Ehingen geboren, trat später in den württembergischen Justizdienst, war 1849 Mitglied des Stuttgarter Rumpfparlaments, lebte dann bis zum Jahr 1863 in der Schweiz und führte in den Jahren 1864—1870 die Redaktion des „Stuttgarter Beobachter“. Er wurde als Abgeordneter zum württembergischen Landtag gewählt und vertrat im Reichstag von 1861—1867 den 12. württembergischen Reichstagswahlkreis (Crailsheim-Mergentheim).

Eine Konferenz der hessischen Sozialdemokraten tagte am Sonntag, den 13. d. M., in Mainz beabsichtigt Befreiung über die bevorstehende Reichstagswahl. Vertreten waren sämtliche Wahlkreise des Großherzogthums und wurde beschlossen, energisch die Agi-

tation in die Hand zu nehmen; auch überall da, wo bisher nie ein Arbeiterkandidat aufgestellt war, soll diesmal die Agitation entfaltet werden, damit eine möglichst impulsive Stimmenzahl im Hessenlande für die sozialistischen Kandidaten geahlt werden kann. Aufgestellt wurden für den Wahlkreis Darmstadt: Großherz. Philipp Müller, Bildbauer in Darmstadt; Offenbach-Dieburg der Vandtagsabgeordnete Karl Ulrich, Kaufmann in Offenbach; für Worms-Hoppenheim Schubmacher Berthold in Darmstadt; für Bensheim-Michelstadt Gottschalk Cramer in Darmstadt; für Mainz-Oppenheim Landtagsabgeordneter Franz Jöck, Fabrikant in Mainz; für Friedberg Heinrich Prinz, Bürgerhändler in Darmstadt; für die Wahlkreise Gießen und Alsfeld die Genossen Orlitz und Häber, doch wird die bestimmte Entscheidung den dortigen Genossen überlassen. Für den Kreis Alzey-Bingen, wo bisher keiner Kandidat war, ist kein festes Schluß gefaßt worden. Die Leitung der Agitation wurde einem Komitee übertragen, welches aus je einem Vertreter jeden der Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Gießen und Bensheim besteht.

In Mainz wurde am 13. d. M. eine Versammlung des Fachvereins der Schreiner von der Polizei „gewahrsam“ aufgelöst, weil angeblich die Polizei beschimpft und verhöhnt worden sei.

Behufs Agitation für den zu gründenden Bergarbeiter-Verband finden in Westfalen jetzt häufig Versammlungen statt. Eine solche Versammlung tagte — wie der „Frankl. Ztg.“ berichtet wird — förmlich in Dortmund, in welcher u. A. die Herren Schröder, Bunte und Siegel sprachen. Im Großen und Ganzen machte sich eine große Erhöhung bemerkbar, da die Ausschließung der gemahngerechten Delegierten noch anhält, die Löhne auch kaum nennenswert gestiegen sind. Aus Esen wurde mitgetheilt, daß daselbst große Unzufriedenheit herrsche, weil sogar die Löhne herabgesetzt würden. Die Leute hätten bereits angefangt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Arbeit von Neuem einzustellen. Herr Schröder warnte entschieden vor einem Streik, da durch einen solchen allein nichts erreicht werde. Nur wenn die Bergleute sich zusammen schaarten, könnten sie eine Befreiung der Behältnisse erreichen. Herr Schröder ging mit den Grubenbesitzern scharf ins Gericht; er meinte, diese hätten den Streik nicht vermieden, denn wenn ein Putsch dazwischen gekommen wäre und die Minen geschlossen hätte, dann wäre die Bewegung unter den Arbeitern auf Jahre hinaus zurückgeworfen worden. Es wurde ferner mitgetheilt, daß einigermaßen auskömmliche Löhne nur erzielt werden könnten, wenn die Leute Nebenküchtern machen. Ein Arbeiter habe auf Zeche Dorstfeld in einem Jahre 400 Schichten verfahren, trotzdem er den/den Jahr 14 Tage stand war. Die Versprechungen, welche gemacht werden, um auswärtige Arbeiter herzuholen; würden ebenfalls nicht gehalten. Nach den Ausführungen des Herrn Schröder und Bunte sind für Zeche „Monopol“ Leute in Oberhausen angeworben worden, denen der Agent 7 M. Lohn in Ansicht gestellt. Die Leute hätten aber nachher so wenig verdient, daß sie zum Theil ihre Mobilien hatten verlaufen müssen.

Die Berliner Sozialdemokraten haben auch über den in Berlin unter dem Namen „Ringel-Volle“ bekannten Wollwarenhändler und Milchhändler Volle den Vorstoss verhängt. Volle zeichnet sich durch einen gewissen Karakterismus gegenüber seinen Arbeitern aus und hat förmlich einen in seinem Dienste verunglückten Arbeiter, der gegen Volle auf Grund des Haftpflichtgesetzes um Entschädigung klage, nach langwierigem Prozeß und jede Unterdrückung gebracht, indem er sich durch einen Eid von einem Schuldspruch in Bezug auf den erwähnten Unfall reinigte. Bereits in mehreren Arbeiterversammlungen ist beschlossen worden, von Volle keine Milch mehr zu entnehmen und die

## Irrungen.

Kriminalnovelle von G. Strudel.

(Nachdruck verboten)

(Fortsetzung)

„Ah, auf diese Weise wird es ersichtlich, daß der Name mir fremd ist“, entgegnete Herr Stumpf. „Nach der Errichtung dieser Filiale also sind Sie nach Buenos Ayres juridisch freihand und wollen jetzt hier in Deutschland ein Geschäft beginnen? Wenn ich nicht irre, haben Sie mir eine derartige Mitteilung gemacht.“

„Nein, ich habe hier selbst nur einen Auftrag zu erledigen“, bemerkte Karl mit offenbarem Mißmuthe, „doch Sie scheinen sich sehr lebhaft für mich zu interessieren, da Sie mich so forschig über meine Verhältnisse ausfragen.“

„Mir interessiert alles, was einen Menschen betrifft, der mir lieb und werth geworden ist“, entgegnete Herr Stumpf mit jämmerlichem Lachen. „Ja, ich gescheh Ihnen offen, daß ich einen außerordentlichen Anteil an Ihnen nehme, und wenn ich nach New York juridisch werde, werde ich mich nach der Firma Karl Springer genau erkundigen.“

„Sie brauchen nicht rot zu werden, lieber Herr“, fuhr Herr Stumpf fort, „denn ich werde keinerlei Indiskretion begehren, und um Sie hierüber noch mehr zu beruhigen und Ihnen zu beweisen, daß Sie es mit einem achtungswerten Manne zu thun haben, zeige ich Ihnen hier meine Papiere.“

Während Stumpf einen Papier aus seiner Brusttasche hervorzog und denselben auf den Tisch legte, fuhr er fort:

„Hier sehen Sie meinen Papier, Herr Springer, der vom deutschen Consul beglaubigt ist. Die Personalbeschreibung stimmt ganz genau, und weiter unten finden Sie auch einige Bemerkungen über mein Vermögen und meine Anteile. Diese nordamerikanischen Päpfe sind vorzüglich angefertigt und auf keine Weise zu verschärfen oder nachzuhören, um so neugieriger wäre ich daher, auch einmal einen Nordamerikaner zu sehen, um mich überzeugen zu können, ob man daselbst in dieser Hinsicht ebenso

Gebiegenes leistet wie wir Nordamerikaner. Wollen Sie mir den Irgenden nicht einmal lesen lassen, Herr Springer?“ Die Verlegenheit des legeren hatte bei dieser Frage einen sehr hohen Grad erreicht. Es kam ihm beinahe vor, als verborge sich eine geheime Absicht hinter den konsequenteren Ausführungen seines Gefährten, doch ein Blick auf dessen gutmütig blickende Augen verdeckte seinen Verdacht.

„Meine Papiere sind mir verloren gegangen,“ entgegnete er mit etwas unsicherer Stimme, „sonst würde ich Ihnen Wunsch sofort mit Vergnügen erfüllen. Indessen ist ein Ertrag für dieselben bereits besteht, der hoffentlich recht bald eingeflößt wird, und alsdann soll Ihre Neugierde nicht länger unbefriedigtbleiben.“

„Das ist aber sehr unangenehm, in einem fremden Lande seinen Papier zu verlieren,“ meinte Herr Stumpf fehlnehmend.

„Das ist es freilich, aber leider nicht zu ändern, und die Sache ist mir um so fataler, als ich mein heiges Geschäft nicht erlebigen kann, bevor ich einen neuen Papier mich vollständig legitimirt, erhalten habe. Aber leben Sie nur, Herr Stumpf, dort scheinen Gäste einzutreffen.“

Als der legerer der angebauten Richtung mit den Augen folgte, erblickte er eine ziemlich alterthümliche, geschlossene Kutsche, welche von einem starken Pferde gezogen wurde und langsam sich näherete. Der Kutscher, ein graubärtiger Mann, lächelte jetzt, als er am Ende der Reihe sich fah, so laut mit der Peitsche, daß es durch den ganzen Wald erdröhnte, und lenkte alsdann das Gefährt an die Thür der Schenke, wo er anhielt. Aber er schwang sich nicht etwa von seinem Pode herunter, um die Thür des Wagens dienstfertig zu öffnen, sondern überließ die Arbeit rubia dessen Insassen. Gleich darauf streckte sich denn auch eine große, braune Hand durch das heruntergelassene Fenster, welche die Thür von außen öffnete, und im nächsten Moment entstieg der Kutscher ein Hert, in welchem Springer zu seinem Erstaunen den Bürgermeister Haubrecht erkannte. Doch seine Überraschung wurde eine noch weit

größere und angenehmere, als der Bürgermeister nunmehr einer jungen Dame beim Aussteigen half, die keine andere war als Heidiwig.

Springer hatte sich schnell erhoben und eilte auf die beiden Anwohner zu, um dieselben zu begrüßen. Beide reichten ihm, wie Stumpf beobachtete, zwanglos und herzlich die Hand dar, während gleichzeitig ein liebliches Er tönen des jungen Madchens die Freude verricht, welches dieses unerwartete Zusammentreffen ihm verursachte. Als dann folgten Vater und Tochter, welche erst Wiene gemacht hatten, als wollten sie sich in das Innere des Gebäudes begeben, dem jungen Manne nach dem Tische, an welchem Herr Stumpf saß.

Rachdem die gegenseitige Vorstellung erledigt war und man sich rings um den kleinen Tisch niedergelassen hatte, bemerkte Herr Stumpf, es sei seine Absicht gewesen, morgen in aller Frühe den Herrn Bürgermeister zu besuchen und sich vor ihm zu legitimiren, um so angenehmet sei es ihm daher, daß er jetzt bereits Gelegenheit gehabt, ihn und die Fräulein Tochter kennen zu lernen. Er sei ein Amerikaner, der zu seinem Vergnügen eine Reise den ganzen Amerikontinent hinauf zu unternehmen sich entschlossen habe, aber da es ihm in Hohenheim so vortrefflich gefallen, so werde er voraussichtlich noch eine Zeit lang hier selbst aufzuhalten.

„Wir bekommen ja mit einem Male nichts als Amerikaner in unsern Städten,“ meinte Herr Haubrecht lächelnd. „Erst trifft ein Herr von Dürenstein aus Amerika hier ein, ihm folgt Herr Springer und nunmehr kommen Sie gleichfalls dorther. Nun, wenn alle Amerikaner so angenehme Gesellschaften sind wie Sie beide, so soll es mich nur freuen, wenn noch recht viele Ihrer Landsleute hier erscheinen.“

„Ein Herr von Dürenstein ist ebenfalls hier!“ fragt Stumpf erstaunt. „Ich kenne den Herrn zwar nicht persönlich, aber der Name ist mir bekannt. In New York besteht eine Firma dieses Namens, welche sich großer Achtung erfreut.“ (Fortsetzung folgt.)



Boyotbewegung nimmt immer größere Dimensionen an. Bis jetzt sind nicht weniger als fünfzehn Gewerkschaftsverträge den bekannten Beschlüssen einstimmig beigetreten, und alle anderen werden ohne Zweifel in den nächsten Tagen dem gegebenen Beispiel folgen. Die Frauen der verheiratheten und die Bräute der ledigen Arbeiter sollen beeinflusst werden, solles Produkte zu ignorieren. Es dürfte dieses Vorgehen für den Klingel-Volle verhängnissvoll werden.

— Die Wahrheit über die Auflösung des Reichstags im Jahre 1878. Zu dem vielbesprochenen, direkt auf den Reichstagsauflösung zurückzuführenden Artikel des „Hamburger Korrespondenten“ über die heimlichen Kämpfe gegen den Reichskanzler heißt es wörtlich: „Die Herbeführung neuer Reichstagswahlen im Jahre 1878 ist man kein aggressiver, sondern ein defensiver Schachzug des Ministerpräsidenten (Fürsten Bismarck) gegenüber der Koalition eines Teiles seiner Kollegen mit der liberalen Majorität des Reichstags.“ Also nicht die Attentate veranlaßten die Auflösung, nicht das Sozialistengesetz war der Zweck der Auflösung — die Auflösung des Reichstags erfolgte, um die „Koalition“ gegen den Fürsten Bismarck und die „liberale Reichstagmajorität“ zu sprengen und eine Regierung oder richtiger Kanzler-Majorität zusammenzubringen. Das „rote Geheim“ war bloß der Popanz, um die Wähler in's Garn der Reaction zu treiben. Es verjährt die selben Dienste, wie 1887 das Kriegsgesetz. Das ist die Wahrheit, die jetzt endlich eingestanden ist. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben also Recht gehabt, wenn sie sagten, der Attentatspakt sei bloß im Interesse der Reaction inszeniert worden. Das Geständnis wird jedenfalls im Reichstage gebuhrende Verwerfung finden, wenn die Sozialistengesetz-Debatte kommt.

— Die „Schneidigkeit“ gehört zu den „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ der Menschenfreier; das heißt da die „Ahl. Aig.“ in einem Feuilleton vertraut; das heißt da wörthlich: „Der Menschensatz, dessen Befreiung ich an diejenige der übrigen religiösen und nichtreligiösen Absondertheiten anschließen möchte, blüht zur Zeit noch immer im Bismarck- und im Solomono-Archipel. Er kommt aber in Kaiser Wilhelms-Land nicht vor, ausgewachsen vielleicht am Hün-Golf, worüber man aber nicht genau Bescheid weiß. Uebrigens ist die Sache, wenn man sie näher erwägt, doch wohl nichts besonderes Schlimmes. Von meinen farbigen Begleitern auf der Finistere-Expedition, die aus einer der berichtigsten Gegenden von Neupommern stammten, hatten manche dabei in der schönen kannibalischen Heimat Menschenfleisch genossen. Aber um dezentwillen sind sie nicht minder traurig und zwecklos gewesen. Im Gegenteil. Kannibalische Völker sind gewöhnlich kräftig, schneidig und hochbegabt. Sie sind ein hartes Volk, aus dem etwas Tüchtiges gemacht werden kann.“ Wenn die „Schneidigkeit“ als Kennzeichen der kannibalischen Völker angesehen werden darf, dann sind wir im neuen deutschen Reiche vom Kannibalismus nicht mehr weit entfernt. Wer weiß, wo sie „schneidigen und hochbegabten“ Menschenfreier es noch bringen können, seitdem sie in den Unterthanenverband des Beamten- und Offizierparadies eingetreten sind! Wir sehen übrigens mit besonderem Vergnügen, daß die Schneidigkeit nicht nur die Haupttugend des Reserveleutnants, Büttels und — Sozialistenfreiers, sondern auch des gewöhnlichen Menschenfesslers ist.

— Wegen Bekleidigung des Fürsten Heinrich XXII. von Neuh. A. L. wurde der freikonservative Reichstagsabgeordnete Henning in Greiz zu 3 Monaten Fehlung verurtheilt. Henning hat Revision beim Reichsgericht eingereicht.

— Ein neues Arbeiterblatt erscheint unter dem Titel „Der Arbeiter“, Organe für die Luxemburgische Arbeiterbevölkerung, seit 6. Oktober in Luxemburg. Arbeiterblätter werden um Taufe erachtet.

Stettin, 15. Oktober. Nach Aufhebung des kleinen Belagerungszaubers fand gestern die erste (von etwa 1000 Personen besuchte) Versammlung der Sozialdemokraten statt, in welcher der ausgewählte Kandidat von der letzten Wahl, Herr Fritz Herbert, der seither nach Stargard übergesiedelt war, zum ersten Male wieder vor seinen demächtigsten Wählern auftaute.

### Schweiz.

Bern. Der Bundesrat hat die nachbenannten Anarchisten wegen aufrührerischer Agitation für die revolutionären Ideen der Anarchistenteil aus der Schweiz ausgewiesen: Christian Kempf von Belfingen, Württemberg, Schreiner Willibald Schmid von Zimmernholz, Baden, Schneider Friedrich Puschel alias Wolf von Norderstedt, Reg.-Bez. Stettin. Dieselben befinden sich zur Zeit in Basel in Haft. Am Sonntag, den 27. Oktober, findet der diesjährige statutengemäße Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokraten in Bern statt.

### Oesterreich.

Wien. Der durch seinen reaktionären Schulreformantrag in weiteren Kreisen bekannt gewordene Clerikal-Prinz Alois Liechtenstein will sich, nachdem er mit seinen Projekten Schiffbruch gelitten, vom politischen Leben zurückziehen. Am 20. September trat Prinz Liechtenstein von der Obmannschaft des Zentralklubs zurück, nachdem er zu der Erkenntnis gelangt, daß er innerhalb der gegenwärtigen Reichsrathsmajorität und mit der gegenwärtigen Regierung seine Forderungen, für welche er auch er vielfach seine Person engagiert hat, nämlich die konfessionelle Schule, deren Verwirklichung nicht aufzuführen kenne. Er wollte eine clerikale Kampfpartei schaffen und deshalb wurde das Losungswort von der Bildung eines katholischen Klubs ausgegeben. Aber es scheint, daß Prinz Liechtenstein auch in dieser Hinsicht in seinen Erwartungen getäuscht

wurde. Die Tiroler Clerikalen werden infolge der Einführung des Grafen Taaffe den Hohenwartklub nicht verlassen und damit ist dem Prinzen ein so großer Streich durch die Rechnung gemacht worden, daß er vom Parlament gar nichts mehr wissen will. Der „Schwarze Prinz“ hat infolgedessen nunmehr auch sein Reichsratsmandat niedergelegt.

### Belgien.

Brüssel. Die gerichtliche Untersuchung in Betreff der Entwendung belgischer Staatschreiten hat wenigstens den Nutzen, daß sie viele Missbräuche in den belgischen Ministerien an das Tageslicht fördert. So hat man Quittungen eines hohen Clerikalen Ministerialrats über 1000 bzw. 2000 Francs aufgefunden, welche ihm ein mit öffentlichen Arbeiten beglüfteter Unternehmer ein mit öffentlichen Arbeiten beglüfteter Unternehmer gegeben hat. Auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er noch jetzt derartige Gratifikationen beziehe, erwiderte der Beamte, das sei nicht mehr der Fall, weil sich jetzt ein Senator — also ein Mitglied der höchsten Körperschaft — damit befasse! Das sind erbauliche Zustände!

### England.

Gladstones irische Politik scheint immer mehr Anhang zu gewinnen, daß beweist der Ausfall dreier Parlamentswahlen in der vergangenen Woche, bei denen die Liberalen gegenüber den konservativen Unionisten in den Leptons bisher innegehabten Wahlkreisen einen glänzenden Sieg errangen. Bei der letzten Wahl in North-Buckinghamshire wurde der Kandidat der Gladstonianer, Kapitän Vernon, welcher den Wahlkreis bereits im Jahre 1855 vertreten hatte, mit 4855 Stimmen gewählt. Der konservative Bewerber, Evelyn Hubbard, Bruder des früheren Vertreters, erhielt nur 4647 Stimmen. Dieser glänzende Wahlausgang der Gladstonianer hat in Verbindung mit den vorhergehenden einen großen Eindruck gemacht. Die Organe der Unionisten bemühen sich daher auch weniger, die Ursachen ihrer Niederlage wegzuudeuten, als um die Zuverlässigkeit ihrer Parteigenossen zu erhalten. Schlüsse aus dem Wahlresultat der letzten Woche auf den Ausfall der nächsten allgemeinen Wahlen für unbedingt zu erklären.

— Im Kohlenbergwerk Moßfeld fand eine Entzündung schlagender Wetter statt. Bis gestern, 16. d. M. Nachmittags sind 20 Leichen aufgefunden worden. Die Rettungsarbeiter wollen 48 Leichen in den Schachten gegeben haben, doch kann man sich denselben augenblicklich wegen Anhäufung schlagender Wetter nicht nähern.

### Amerika.

Der Prozeß gegen die der Ermordung des Präsidenten Dr. Cronin in Chicago angeklagten Personen hat eine zeitweilige Unterbrechung erlitten durch die Entdeckung, daß wichtige Altenstücke, Beweismaterial gegen die Angeklagten enthalten, aus dem Bureau des Staatsanwalts entwendet worden sind. Gleichzeitig ist in Chicago ein weit verzweigtes Komplott entdeckt worden, welches die Beurteilung der Jury in dem erwähnten Mordprozeß beweiste. Mehrere Personen, welche vorige Woche zum Geschworendienst herangesogen wurden, benachrichtigten den Staatsanwalt, daß ihnen Gerichtsdienster und Andere Belohnungen in Höhe von 1000 bis 5000 Dollars anboten, wenn sie sich als Geschworene melden und dann für die Freisprechung der Angeklagten stimmen wollten. Der Gerichtshof verfügte die Verhaftung von zwei Gerichtsdienstern und drei Personen, welche alle Mitglieder des Clan-na-Gael sind, wegen verfehlter Beleidigung der Jury. Letztere sollten das nötige Geld für Beleidigungszwecke beschaffen. Ein Sekretär des Geschäftsgerichtshofes in Chicago wurde ebenfalls verhaftet. Die Entbühllungen verursachen großes Aufsehen. Die Vertheidiger der Angeklagten behaupten, daß sie davon keine Kenntniß hatten und sie verlangen eine offene Unterhebung, um ihre Unschuld darzutun. Es fürsigt das Gericht, daß die ganze Wahl der Jury auf's Neue beginnen dürfe, wenn Zweifel betreffs der Rechtlichkeit der bereits gewählten acht Geschworenen bestehen sollten.

### Australien.

Wie aus Australien berichtet wird, fand auf Samoa eine große öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Abstimmung“, Referent: Malietoa, König a. D. Sämtliche auswärtige Repräsentanten wohnten der Versammlung bei. Malietoa betonte in seiner Rede, daß Mataafa volle Anerkennung verdiente und er denselben am Aude des Schiffes befahl und den Posten des Vizekönigs für sich behalten wolle. Mataafa wurde also dann mit großer Majorität zum König gewählt. Wie verlautet, hat sich Deutschland geweigert, Mataafa anzuerkennen, obgleich es sich bereit erklärt, Malietoa als König zu billigen.

### Gewerkschaftliches.

Lüneburg, 15. Oktober. Abrechnung vom Zustand der Schneider. Einnahme: Wülfelheim a. d. R. 4,90 M., Celle, 1. Rate, 3 M., Heide 3 M., Neumünster 10 M., Magdeburg 11 M., Celle, 2. Rate, 1,65 M., Überholde 4,50 M., Goritz 3,20 M., Wittenberg 2,90 M., Barthede von 3 Kollegen 1,60 M., Lüneburg, Water 12,10 M., Küfer 12,35 M., Eisenwerk 17,85 M. und 5,25 M., Küfer bei Schopp 2,90 M., Tischler-Zahwerteil 11,85 M., Zimmerer-Zahwerteil 25 M., Maurer-Zahwerteil 10 M., Schuhmacher-Zahwerteil 10 M., Töpfer 6 M., Jagdrennmacher Th. M., Schneider-Verband, 1. Rate, 61,10 M., 2. Rate, 21,40 M., Überholde vom Sitzungsfest der Schneider 40,50 M.; vom Ausfall in Erfurt 300 M.; gesammelt in der Versammlung am 20. Juli 10,20 M. Summe 583,60 M. Ausgabe: Streifunterstützung an 10 Personen 483 M., an Unterstützung durchsetzender Kollegen 70,25 M., Reisevergütung an Herrn Weimer-Altena 8 M., Reisekosten für Herrn Ved nach Hamburg 3,50 M., für Briefmarken, Drucksachen u. 7,30 M., Inserat 10 M., Summe 583,60 M. Gesamt: Einnahme: 583,60 M. Gesamt: Ausgabe: 583,60 M. Die Kommission: H. Lüders, W. Lauter, H. Greve.

Hannover. Mehr als 60 beim Bau des Nordostse Kanals beschäftigte Arbeiter bauen auf der Strecke bei Schüttlohn die Lohnarbeiter in Szenen gesetzt wird.

Limbach. In den biegsamen Strumpfwarenfabrik von Conradin Friedemann hat sich Geschlechts, gesungen geschenkt, am Sonnabend Mittag 2 Uhr die Arbeit einstellen, weil die Besitzer des Gebäudes weiseten, über die aufgeschulte Forderung einer Lohn erhöhung von 15 bis 20 pf. überhaupt nur in Unterhandlungen mit dem Personal einzutreten, dieselbe im Gegen rückwärts abzulegen. — Den Arbeitern der Firma Reinhold Scheide dagegen ist die Forderung von 10 pf. Lohn erhöhung bei freien Rabatten und Platzen, welche früher die Arbeiter selbst beschafften, anfangs bloß bewilligt worden.

Paris, 15. Oktober. In Lens feiern jetzt 5700 Bergarbeiter. Man zeigt erste Befreiungen. Sechs Kompanien Infanterie sind nach Lens abgegangen und die Gendarmerie ist beträchtlich verstärkt worden. Man fürchtet, daß der Aufstand sich auf den ganzen Bergbau von Pas de Calais ausdehnen.

### Korrespondenzen.

Heidelberg, 15. Oktober. (Berichter.) Versammlungsverbote. Am 15. v. M. sollte hier eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Herr Koch Stuttgart über die Organisation der Arbeiter sprechen wollte. Diele wurde jedoch auf Grund des Sozialistengesetzes vom Polizeiamtmann Bredow verboten. Nicht besser erging es der am 22. September einberufenen allgemeinen Arbeiterversammlung, in welcher die Genossen Huber, Heidelberg und Herzler, Mannheim ca. 2½ Stunden über „Zweck und Augen der Arbeiterorganisation“ referierten. Das Schidell erließ dieselbe während des Referats, indem der Herr Polizeiamtmann auf Grund des Sozialistengesetzes die Auflösung verfügte.

### Aus Stadt und Land.

Wilhelmshaven, 17. Okt. Theater im Kaiser-Saal. Einige recht ansehnliche Abende erfreuen sich die Theatersucher am Dienstag. Die komische Operette „Flotte Bursche“ von Supp eroberte sich den reichen Beifall des sehr animierten Publikums. Auch der kleine Schwanz „Miller und Müller“ erzielte einen vollkommenen Erfolg. Heute Donnerstag wartet Herr Director de Rolle sein Publikum mit einer Novität, dem 3-tätigen Schwanz „Madame Bonnard“ auf. Dem voraus geht gleichfalls eine überausheure Novität, die 1-tätige Posse „Der dritte Kopf“. Auch der Freitag Abend wird ein recht heiterer werden, indem der 4-tätige Schwanz „Der Bibliothekar“ zur Aufführung gelangt.

Wilhelmshaven, 16. Oktober. In der verlorenen Nacht wurde sowohl im Restaurant der Frau Wwe. Winter wie in dem des Herrn Goode in Kappeln ein Einbruch-Diebstahl verübt, bei welchen jedoch den Dieben recht wenig Beute in die Hände fiel. Bei der Wwe. Winter haben die Einbrecher vom Garten her eine Fensterscheibe eingeschlagen, das Fenster geöffnet und sind dann eingeschwungen. Ihre Beute bestand in 3 M. und einer Trag-Mappe, welche legerte sie in der Eile wohl für 10 und 20 Markstücke angesehen haben mögen, denen die Marken in Größe und Aussehen gleichen.

Wilhelmshaven, 16. Oktober. Unglücksfälle. Auf der Kaiserl. Werk wurde der in der Schmiede- und Schlosserwerkstatt des Refort III beschäftigte Schirmmeister O. am Montag durch einen Hammerstieg am Kopf erheblich verletzt, so daß er in's Krankenhaus überführt werden mußte. — Der Schlosser Th. fiel am Dienstag vor dem Dach der Kettenprobieranstalt und erlitt dabei einen Armbruch sowie eine Luetzung des linken Oberarmels. Th. ist beim Schlossermeister Seemann beschäftigt. — Am gleichen Tage gingen in der Roonstraße die Pferde eines Torsmachers durch und wurde der auf dem Wagen sitzende Dienstmännchen G. von erheblichen Verletzungen erlitten, wobei G. erhebliche Verlegungen erlitt.

Oldenburg, 16. Oktober. Wie verlautet, wird der Vertreter des biegsamen Wahlkreises, Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Ennecerus, am Freitag, den 25. Novbr. im Saale der „Union“ seinen Wahls Bericht erläutern.

Im Fürstentum Birkenfeld wird Herr Ennecerus in der Zeit vom 18. bis 20. Oktober Versammlungen abhalten. — Die Versammlung am Sonnabend in „Habels Hotel“ kann Umstände halber nicht stattfinden. — Vom Kirchenrat in die Fortsetzung der Abrücksarbeiten beim Lambertuskirchturm beschlossen und soll von der Einholung weiterer Gutachten Abstand genommen werden. Es ist also so gekommen, wie vor ausgesagt haben. — Im Hoftheater kommt am Freitag „Donna Diana“, Lustspiel in 5 Akten von Moreto zur Aufführung.

### Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Bant vom 1. bis 15. Oktober 1889.

Geboren ein Sohn: Dem Stellmacher J. F. A. Hahn, dem Brückenpächter A. H. Ahlers, dem Arbeiter A. A. A. Hoffmann. Eine Tochter: Dem Immermann G. D. Gerdes, dem Waler G. Müller, dem Bahnarbeiter E. F. Glaser, dem Kesselfrichmied J. F. G. Karch, dem Maurer A. J. Jakobson, dem Schlosser J. A. Gaud, dem Schuhmacher J. H. Krantenberg, dem Schlosser J. Zander, dem Tischaer Arbeiter J. G. A. Ripken. Außerdem wurden 2 außerordentliche Geburten (Knabe und Mädchen) angemeldet.

Aufgetreten: Der Schlossbauer G. F. G. Goldschläger und Th. M. Ommen, beide zu Bant. Der Schmied G. A. Thom zu Bant und A. W. A. Borchers zu Ostholzen. Der Tischaer J. B. Janzen und Wm. A. A. Hollers, beide zu Bant. Der Arbeiter J. B. Eddicks, beide zu Bant. Der Arbeiter H. W. Schröder und A. M. Gedenk, beide zu Bant. Der Tischaer J. J. Franzen zu Bant und A. M. Albrecht zu Wilhelmshaven. Der Arbeiter H. D. Hafeld zu Hephden und G. H. M. Jürgens zu Wilhelmshaven. Der Arbeiter H. D. Hafeld zu Hephden und G. H. M. Jürgens zu Wilhelmshaven. Der Wagenmacher G. G. Milnski und J. R. Werner, beide zu Bant. Der Dreher J. W. G. Hermann zu Bant und G. Reichardt zu Gens. G. Hermann zu Bant und G. Reichardt zu Gens.

Geschlosse: Der Wagenmacher G. G. Milnski und J. R. Werner, beide zu Bant. Der Dreher J. W. G. Hermann zu Bant und G. Reichardt zu Gens. Sohn des Werkstatters G. G. Kamp, 2 M. alt. Tochter des Arbeiters J. H. Rüttmann, 7 J. alt. Sohn des Werkstatters J. H. Rüttmann, 1 J. alt. Die Ehefrau J. S. M. Helmstedt, geb. Hölterode, 20 J. alt.

### Kirchliche Nachricht.

Bant. Freitag, den 18. Oktober, Erntedankfest. Vormittags 10 Uhr, Gottesdienst. C. Brunow, Pastor.



